



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BOHN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 38  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/30 - 5. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Wenn John Foster Dulles nach Bonn kommt... Einige notwendige Feststellungen	60
2 - 3	Regierungskrise oder Systemkrise ? Schwierige Lage in Italien Von unseren Korrespondenten in Rom, Percy Eckstein	71
4 - 5	Pflichtgemäße Straftaten von Beamten ? Von Dr. Adolf Arndt, MdB	55
6 - 7	Trauer in Dänemark Diskussion um einen Schiffsuntergang	63

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

5. Februar 1959

Wenn John Foster Dulles nach Bonn kommt ...

sp - Wenn der amerikanische Außenminister John Foster Dulles nach Bonn kommt, wird ein Teil der bundesrepublikanischen Publizistik wieder einmal - zum wievielten Male? - im Banne des Slogans "Gemeinsame Außenpolitik" stehen. Diese beiden Wörter und dieser Begriff üben auf viele Menschen eine hypnotische Wirkung aus. Sie tragen dazu bei, normale Denkprozesse zu verhindern und geben oft zu Spekulationen Anlass, die gegenüber den Realitäten nicht standhalten.

Deshalb, und um jeden Irrtum vorzubeugen, sei gerade im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Außenministers auf einige Tatbestände hingewiesen, die bei allen notwendigen Bemühungen, gemeinsame politische Vorstellungen für die Lösung des Deutschlandproblems zu entwickeln, festgehalten werden müssen.

Wir setzen voraus, dass seit dem Berlin-Vorstoß Chruschtschows und den Friedensvertrags-Vorschlägen Moskaus gerade für uns Deutsche eine neue Situation entstanden ist, die vieles von den Auseinandersetzungen der Vergangenheit ausräumt und der eigentlich gemeinsam begegnet werden müsste.

Die Gemeinsamkeit ist ohne Zweifel in der Ablehnung der Moskauer Alleingänge hergestellt. Sie besteht jedoch nicht - mit Ausnahme einiger Nuancierungen auch im Regierungslager - in den Überlegungen darüber, wie und mit welchen Methoden die Politik Moskaus "abgefangen" werden sollte. Dieser Mangel an Gemeinsamkeit ist aber diesmal keine spezifisch deutsche Angelegenheit. Er hat sich auch im westlichen Lager gezeigt, wo niemand mehr zu behaupten wagt, dass in Washington, London Paris und Bonn die gleiche Beurteilung der Situation vorherrscht. Der Blitzbesuch John Foster Dulles' in Europa spricht eine zu beredte Sprache!

Wir halten nicht viel davon, Spekulationen darüber anzustellen, ob der amerikanische Aussenminister in seiner Reisegepäck bereits fertige und neue Pläne mitgebracht hat; das wird man in der nächsten Woche wahrscheinlich übersehen können. Entscheidender ist für uns die Feststellung, dass im Bereich der deutschen Politik selbst von seiten der Regierung keine Anstrengungen gemacht wurden, um Fehler der Vergangenheit zu überprüfen und unseres Erachtens notwendige Überlegungen anzustellen, wie man mit grösserer geistiger Beweglichkeit als bisher operieren kann.

Es ist leider eine Tatsache, dass nicht der Bundeskanzler die Vertreter der Oppositionsparteien zu einem Gespräch vor dem Besuch des amerikanischen Aussenministers eingeladen hat, sondern dass umgekehrt die Oppositionsparteien den Kanzler um dieses Gespräch ersuchen mussten.

Es ist ferner eine Tatsache, dass die deutschen Auffassungen, die von den Vertretern der Bundesrepublik in der zur Zeit in Washington arbeitenden westlichen Viermächte-Gruppe (diese Gruppe soll die westliche Antwort auf die jüngsten Sowjet-Noten vorbereiten) hauptsächlich Dispositionen und Vorstellungen der Bundesregierung, nicht aber Beiträge der Oppositionsparteien enthalten.

So gesehen bleibt die Aufgabe, eine wirkungsvolle deutsche Wiedervereinigungspolitik zu gestalten, immer noch ungelöst. Sie wird solange nicht gelöst werden können, bis über unverbindliche Gespräche hinaus der gegenseitige Informationsaustausch zwischen Regierung und Opposition mit dem Ziele einer gemeinsamen Deutschlandpolitik nicht zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Dies zu sagen, hielten wir gerade vor der Ankunft des amerikanischen Aussenministers in Bonn für eine politische Notwendigkeit.

### Regierungskrise oder Systemkrise ?

Von unserem Korrespondenten in Rom, Percy Eckstein

Es gehörte nicht viel politische Weitsicht dazu, die Krise der Regierung Fanfani vorauszusehen, die nach den sich immer mehr häufenden Fehlschlägen dieses Kabinetts schon seit einer Weile unvermeidlich geworden war. Bedeutend schwieriger dürfte es sein, jetzt zu prophezeien, welche Lösung diese Regierungskrise finden wird.

Kurzfristig gesehen, gäbe es dafür mehr als eine Möglichkeit. Die erste bestünde in einer Fortsetzung der Fanfani'schen Politik des "centro-sinistra", das heißt der Regierungsbildung auf Grund einer Kombination zwischen Democrazia Cristiana und den Sozialdemokraten Saragats. Als zweite Lösung bietet sich ein christlich-demokratisches Minderheitskabinetts dar, das, ähnlich wie es bei dem Kabinetts Zoli der Fall war, auf die jeweilige Unterstützung der Regierung nicht angehörender Parteien, das heißt praktisch zumeist der Rechten, angewiesen wäre. Eine weitere Lösungsmöglichkeit bestünde in der Wiederbelebung der Vierpartei-Koalition der Mitte, mit der einst de Gasperi und seine unmittelbaren Nachfolger zu regieren versuchten. Diese Koalition würde also außer Christlichen Demokraten und Sozialdemokraten noch Republikaner und Liberale umfassen, und als Wortführer dieser Lösung tritt vor allem der frühere Ministerpräsident Scelba auf den Plan, der seinerzeit an der Spitze einer nach diesem Rezept gebildeten Regierung stand. Schließlich wäre noch an eine erklärte Rechtskoalition zu denken, also an ein offenes Zusammengehen der Democrazia Cristiana mit Monarchisten, Liberalen und Neufaschisten.

Theoretisch hat Staatspräsident Gronchi bei der Ernennung der neuen Regierung und ihres Chefs die Wahl zwischen diesen vier Möglichkeiten, doch sieht die Sache in der Praxis bedeutend komplizierter aus, ja man darf wohl sagen, daß die Aufgabe, eine neue italienische Regierung ins Dasein zu rufen, die einige Aussicht auf Bestand haben soll, diesmal außerordentlich schwierig geworden ist.

Was zunächst die Erneuerung der "Formel Fanfani" angeht, so ist die an sich schon äußerst knappe Mehrheit, über die eine Koalition Democrazia-Cristiana - Sozialdemokraten im Parlament bisher verfügte, gerade

5. Februar 1959

in diesen Tagen überhaupt hinfällig geworden, denn vier sozialdemokratische Abgeordnete haben bereits ihre Absicht bekanntgegeben, zu den Sozialisten Nenni (und damit zur Opposition) überzutreten. Selbst wenn sich die kleine Republikanische Partei dazu bereitfände, an der neuen Regierung teilzunehmen oder sie doch durch Stimmenthaltung indirekt zu unterstützen, bliebe die Mehrheit eines solchen Kabinetts höchst problematisch.

Überhaupt erweist sich die komplizierte Situation innerhalb der Democrazia Cristiana immer mehr als das Kernproblem der heutigen politischen Lage: Der starke linke Flügel dieser Partei, hinter dem die katholischen Gewerkschaftsvertreter stehen, fordert soziale Reformen und hofft, damit den Sozialisten und Kommunisten den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Dieser linke Flügel hält jedes Zusammengehen mit den monarchistischen und neofaschistischen Kräften für untragbar. Der rechte Flügel wiederum will echte Sozialreformen nach Möglichkeit verhindern und tendiert daher nach einer Regierungszusammenarbeit mit den Rechtsparteien. Somit wird im christlich-demokratischen Lager selbst jede Rechtskombination auf den erbitterten Widerstand der Linkselemente stoßen und umgekehrt. Für sich allein und ohne Verbündete aber verfügt die Democrazia Cristiana heute nicht mehr über eine parlamentarische Mehrheit.

Bekanntlich hat Pietro Nenni auf dem jüngsten Kongreß der Sozialisten offen die Erwartung ausgesprochen, daß diese inneren Gegensätze bald zu einem Auseinanderfallen der Democrazia Cristiana in zwei voneinander unabhängige Parteien führen werde. Eine solche Entwicklung ist ohne Zweifel möglich, wenn auch nicht allzu wahrscheinlich, weil die katholische Kirche natürlich alles anbietet, um eine derartige Spaltung ihres "weltlichen Arms" zu verhüten. Solange aber die Democrazia Cristiana wenigstens nach außen hin als einheitlicher politischer Faktor auftritt, wird die parlamentarische Mehrheitsbildung von Monat zu Monat schwieriger, und immer ernster wird die Frage laut, ob es sich heute in Italien überhaupt noch um eine Regierungskrise handle, oder um eine Krise des ganzen parlamentarischen Systems.

Das Beispiel Frankreichs hat ja erst kürzlich gezeigt, daß die Unfähigkeit der Parteien, eine stabile Regierung hervorzubringen, sehr wohl zum Zusammenbruch dieses ganzen Systems führen kann, und bei allen Verschiedenheiten zwischen den beiden lateinischen Ländern fehlt es heute doch bereits nicht an Stimmen, die aus dem Sturz der Regierung Fanfani den Schluß ziehen, daß auch hier die Tage des Parlamentarismus in seiner gegenwärtigen Form gezählt seien.

Pflichtgemäße Straftaten von Beamten ?

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

In einer Pressekonferenz sagte der Pressereferent des Bundesministeriums der Justiz, daß ein Beamter möglicherweise "pflichtgemäß" eine Straftat begehen könne. Man hielt diese Äußerung nur für einen unglücklichen Zungenschlag bei einem Pressereferenten, der das Pulver nicht erfunden hat und sich im Kreuzfeuer der Journalisten hilflos in die Enge treiben ließ. Der Bundesminister der Justiz selber erwarb sich das dankbar anzuerkennende Verdienst, diese Äußerung des Pressereferenten seines Ministeriums sofort als unhaltbar zurückzuweisen.

Leider hat es den Anschein, als habe es sich keinesweg nur um eine einmalige Entgleisung gehandelt. In der Justizdebatte erklärte kein anderer als der Bundeskanzler mit dünnen Worten, daß die Meinung der Bundesregierung über eine politische Zweckmäßigkeit den Vorrang vor der Rechtsstaatlichkeit haben müsse. Er hat das zwar nicht wörtlich so gesagt, aber es ist der eindeutige Sinn seiner Erklärungen dazu, daß höchste Beamte, nachdem ein Gericht gegen sie das Strafverfahren wegen vorsätzlich falscher Anschuldigung eröffnet hatte, auf wichtigste Posten der Diplomatie berufen wurden. Man muß diese Äußerungen des Bundeskanzlers im Protokoll der 56. Sitzung des Bundestages vom 22. Januar 1959 sehr sorgfältig nachlesen. Sie sind wirklich unglaublich.

In diesen Tagen nun hat Dr. Friedrich Karl *V i a l o n* unter seiner Amtsbezeichnung "Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt" die Neuauflage seines Kommentars zur Haushaltsordnung vorgelegt, die in diesem Jahre 1959 im Verlag Franz Vahlen in Berlin und Frankfurt/M. unter dem Titel 'Haushaltsrecht' soeben erschienen ist. Dort wird auf Seite 857 in Anmerkung 29 zu § 65 der Haushalts-

ordnung die Frage behandelt, ob den Verwaltungsangehörigen des Bundes in Strafprozessen Rechtsschutz zu gewähren ist, indem man ihnen dafür Bundesgelder zur Verfügung stellt.

Hierzu bemerkt Vialon zunächst:

"Grundsätzlich erscheint es bedenklich, die Kosten des Rechtsschutzes im Strafverfahren gegen Bedienstete auch nur in den Fällen, in denen einfache Fahrlässigkeit vorliegt, endgültig auf den Dienstherrn zu übernehmen."

Dagegen ist nichts einzuwenden. Vialon vertritt also die Auffassung, daß ein Beamter, der wegen eines fahrlässig begangenen Verkehrsdelikts in ein Strafverfahren verwickelt wird, letzten Endes die Kosten dafür selber zu tragen hat, auch wenn ihm zunächst dabei vom Bunde geholfen wird. Dann aber fährt Vialon fort:

"Grundsätzlich anders liegt der Fall, wenn es sich um eine Zuwiderhandlung handelt, die zum Beispiel von Angehörigen des Verfassungsschutzes oder Bundesnachrichtendienstes im höheren Interesse der Staatssicherheit begangen wurde."

Diesen Satz muß man mehrmals lesen. Er bedeutet, daß es nach Vialons Ansicht Straftaten geben kann, die ein Beamter "im höheren Interesse der Staatssicherheit" begeht. Hiermit wird unterstellt, daß doch Beamte "pflichtgemäß" gegen das Strafgesetz verstoßen dürfen. Die Folge davon soll nach Vialon sein, daß der Bund die Kosten für die Verteidigung endgültig aus seinen Steuermitteln zu zahlen hat.

Ist dies also eine im Bundeskanzleramt offiziell vertretene Meinung?

### Trauer in Dänemark

mu. Man darf den Untergang des dänischen Eismeerschiffes "Hans Hedtoft", der die ganze Welt in Trauer und Bestürzung versetzte, nicht mit der Schiffskatastrophe der "Titanic" vergleichen, die ebenfalls nach einem Zusammenstoss mit einem Eisberg 1912 auf der Jungfernfahrt durch den Nordatlantik in die Tiefe ging. Die "Titanic" wählte um der Rekordsucht willen einen Weg durch ein Eisberggebiet, während die "Hans Hedtoft" unweigerlich durch eine derartige Meereszone nach Grönland laufen musste, dort, wo gerade jetzt die vielen Gletscher kalben.

Die "Titanic" war vorher grossartig als unsinkbar bezeichnet worden, aber dennoch auch nach den damaligen schiffbau-technischen Erkenntnissen nicht mit den modernsten Einrichtungen versehen. Das dänische Staatsschiff war hochmodern ausgestattet, hatte alle Rettungs- und Signaleinrichtungen, die nur denkbar sind, aber niemand hätte gewagt, sie als unsinkbar zu erklären.

Trotzdem hat jetzt unter den seefahrenden Völkern Nordeuropas die Debatte über die Ursachen eingesetzt, welche die "Hans Hedtoft" mit den 95 Menschen an Bord in die Tiefe des eiskalten Nordmeeres schickten. Alle diese Argumente werden von der dänischen Regierung aufmerksam registriert. Da ist einmal die Frage, musste man zur Zeit des schlechtesten Wetters nach Grönland fahren, mit dem sich die Handelsverbindungen in den letzten Jahren ständig verstärkt haben? Vielleicht wäre es besser gewesen, während der ausgesprochenen schlechten Witterungswochen nicht auf die gefährliche Meeresroute zu gehen; auch dann nicht, wenn Passagierflugzeuge wegen Nebel und Schnees auf der Insel landen können.

Bis heute ist aber das Seegebiet um Südgrönland herum nicht in die regelmässigen Wetterbeobachtungen einbezogen worden, die sonst von Flugzeugen und meteorologischen Schiffen zwischen Grossbritannien und New York auf der Nordatlantikroute lückenlos vorgenommen werden.

5. Februar 1959

Wenn man also auch im Winter eine möglichst enge Grönlandverbindung unterhalten muss, aber dennoch das allzugrosse Risiko des schlimmsten Winterwetters vermeiden will, wird man sich zu einem dichten Netz von schwimmenden und fliegenden meteorologischen Stationen in Südgrönland entschliessen müssen.

Aufs Neue hat die Schiffskatastrophe der "Hans Hedtoft" gezeigt, dass die Einsatzmöglichkeiten der Radarwellen beschränkt sind. Es wurde erneut bestätigt, dass die zu reflektierenden Kurzwellen nicht unbedingt von den glatten Eisflächen eines Eisberges zurückgeworfen werden. Hier wird sich die Entwicklung noch anderen Messmethoden zuwenden müssen, um rechtzeitig Eisberge in den Polarmeeren etwa durch die Messung von Wärmedifferenzen in der Luft und im Wasser feststellen zu können.

Am Schicksal der "Hans Hedtoft" hat sich schliesslich gezeigt, dass auch die allermmodernsten Rettungseinrichtungen dann von geringem Wert sind, wenn Passagiere und Besatzung sie nicht erreichen können. Natürlich ist es ein grosser Fortschritt, wenn ins Wasser geworfene Rettungsboote sich selbsttätig aufblasen, die Notsender automatisch in Gang setzen, riesige farbkraftige gelbe Flecken verbreiten und zudem noch auf Grund der Kugelkonstruktion überdacht und unsinkbar sind. Aber derartige Rettungsinseln müssen nun einmal auch von den Passagieren bestiegen werden können, was bei hochgehender See und Polarstürmen nun einmal nicht möglich ist. Im eiskalten Wasser bieten auch die sehr modernen Schwimmwesten mit der Halsstütze, dem Gesichtsschutz und dem Notsender kaum die Chance zum Überleben.

Die schiffbautechnische Entwicklung wird sich also, wie der Untergang der "Hans Hedtoft" zeigt, auf eine lückenlose Wetterbeobachtung und sicherere Methoden zur rechtzeitigen Feststellung von Eisbergen konzentrieren müssen. Wenn das Schiff erst auf den Eisberg aufgelaufen ist, wird es dabei unweigerlich aufgeschlitzt, so stark auch die Stahlböden und so zahlreich auch die wasserdichten Schotten sein mögen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel